



Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Hochdahler Str. 280, 40724 Hilden, Tel. 02103 / 491 - 0

Lehrinhalteplan

für den Lehrgang

„Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen“

der Fachreferendare

Einleitung

Der vorliegende Lehrinhalteplan für den Lehrgang „Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen“ soll dazu beitragen, die theoretische Ausbildung von Fachreferendarinnen und Fachreferendaren verschiedener Einstellungsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen zu koordinieren.

Die öffentliche Verwaltung steht vor der Aufgabe, immer komplizierter werdende Sachzusammenhänge und Lebensvorgänge sachgerecht und bürgerfreundlich zu regeln. Mehr als in der Vergangenheit ist dazu eine verstärkte Zusammenarbeit der Behörden und eine ständige Kooperation von Bediensteten verschiedener Fachrichtungen erforderlich. Ziel der interdisziplinären Unterrichtung der Referendarinnen und Referendare ist es daher in erster Linie, das Verständnis für diese Probleme zu wecken und zu fördern.

Die Besonderheit einer Fachverwaltung bringt es mit sich, dass die Beamten des höheren Dienstes sehr frühzeitig in Führungsfunktionen, insbesondere bei den nachgeordneten Behörden, verwendet werden. Die Referendarinnen und Referendare müssen daher auch mit Fragen der Organisation sowie der Verwaltungs- und Mitarbeiterführung vertraut gemacht werden.

Im Rahmen dieser Zielsetzungen soll vor allem die Durchführung der Lehrgänge „Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen“ sowie „Leitungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit“ auch der Vorbereitung auf die Staatsprüfung dienen.

Der Lehrinhalteplan für den Lehrgang „Allgemeine Rechts- und Verwaltungsgrundlagen“ ist von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der verschiedenen Fachressorts in Zusammenarbeit mit dem Institut für öffentliche Verwaltung NRW entwickelt worden. Anregungen und Kritik seitens der Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer sowie der Dozenten haben zu durchgreifenden Veränderungen und Ergänzungen geführt. Leider konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden. So war es etwa nicht möglich, den verschiedentlich geäußerten Wünschen nach einer Erhöhung der Stundenzahl für die einzelnen Unterrichtsabschnitte in allen Fällen nachzukommen.

Durch die zweiwöchige Lehrgangsdauer ist ein äußerer Rahmen vorgegeben, der eine Beschränkung der Stundenzahlen notwendig macht.

Die verfügbare Unterrichtszeit reicht in keinem Fall für eine umfassende Darstellung des Unterrichtsstoffes aus. Es sollte daher in allen Fächern exemplarisch vorgetragen bzw. im Lehrgespräch vorgegangen werden.

Die Bezugspunkte zu anderen Fächern sollten beachtet werden, um einerseits die Verknüpfungen zwischen den einzelnen Lehrinhalten zu verdeutlichen, andererseits aber thematische Überschneidungen zu vermeiden.

Dass Teile der Unterrichtsfächer in einzelnen Fachverwaltungen möglicherweise schon vor dem Lehrgang behandelt worden sind, muss in Kauf genommen werden.

Im Unterricht lässt sich Zeitgewinn dadurch erzielen, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Übersichten, Schaubilder, Definitionen, Fallbeispiele mit Lösungsskizzen usw. an die Hand gegeben werden. Das Institut für öffentliche Verwaltung NRW kann bei der Vervielfältigung solcher Materialien Hilfestellung leisten. Moderne Unterrichtsmittel (Video, Tageslichtschreiber) sollten in möglichst hohem Maße genutzt werden.

Soweit einzelne Gliederungspunkte im Unterricht nicht besprochen werden können, sollen die dort aufgeführten Lehrinhalte dazu dienen, den Referendaren eine thematische Übersicht zu vermitteln und im Zusammenhang mit dem Literaturverzeichnis (Seiten 29 ff) zum Selbststudium anzuregen.

Den Referendarinnen und Referendaren wird eine Ausfertigung dieses „Lehrinhalteplans“ ausgehändigt.

1. **Organisation**

1.1 Begriff der Organisation

- funktional: Tätigkeit zur Entwicklung von Regelungen (= organisieren)
- instrumental: Regelungen zum Zusammenwirken von Mitarbeitern und Arbeitsmitteln zur Aufgabenerledigung (= Organisation)
- institutionell: Kennzeichnung bestimmter Institutionen (= Organisationen)

1.2 Unterschiede der Organisationen

- private - öffentliche Verwaltung (Art. 20 GG)

1.3 Organisationsziele

- Aufgaben der Verwaltung
- Zuordnung
- Organisationseinheiten
- Arbeitsabläufe

1.4 Organisationsmittel

- Aufgaben (Ziele)
- Menschen (Mitarbeiter)
- Arbeitsmittel (Geld, Maschinen, Gebäude etc.)

1.5 Organisationsgewalt

- Organisationsgewalt (i.e.S.) durch Gesetzgeber
(Art. 20 GG/Art. 77 Verf.NW)
- Organisationsbefugnis bei Landesregierung (Art. 77 Verf.NW/LOG)

1.6 Organisationsprinzipien

- Wirtschaftlichkeit
- Zweckmäßigkeit
- Stabilität und Elastizität
- Bürgernähe
- Ressortprinzip
- Regionalprinzip
- Kollegialprinzip und monokratisches Prinzip
- Prinzip der Behördeneinheit
- Prinzip der Deckungsgleichheit von Zuständigkeitsbereichen mehrerer Behörden
- Effektivität der Verwaltung

2. **Aufbau-Organisation**

2.1 Aufgabenzuwachs und Aufgabenwandel

- Dienstleistungsgesellschaft
- liberaler Rechtsstaat
- sozialer Rechtsstaat

2.2 Behördenstruktur in NW

- unmittelbare Landesverwaltung
 - die obersten Landesbehörden (§ 3 LOG)
 - die Landesoberbehörden (§ 6 LOG)
 - die Landesmittelbehörden (§ 7 LOG)
 - die unteren Landesbehörden (§ 9 LOG)
- mittelbare Landesverwaltung
 - Selbstverwaltungskörperschaften
(Gemeinden, Gemeindeverbände, Art. 78 Verf.NW)
 - Körperschaften
 - Anstalten
 - Stiftungen

- Aufsicht
 - Dienstaufsicht (§ 12 LOG)
 - Fachaufsicht (§ 13 LOG)
 - Rechtsaufsicht (§ 20 LOG)

2.3 Organisation der Gerichtsbarkeit

- Verfassungsgericht
- ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivil- u. Strafgerichte)
- Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Finanzgerichtsbarkeit
- Sozialgerichtsbarkeit
- Arbeitsgerichtsbarkeit

3. **Ablauf-Organisation**

3.1 Zuständigkeitsregelung der Behörden

- sachliche Zuständigkeit
- örtliche Zuständigkeit
- instanzielle Zuständigkeit

3.2 Geschäftsverteilung innerhalb der Behörde

- Organisationsplan
- Geschäftsverteilungsplan
- Haushaltsplan
- Stellenplan

3.3 Geschäftsablauf innerhalb der Behörde

- Geschäftsordnung

Verfassungsrecht

8 Std.

1. Verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland

1.1 Republik (Art. 20 GG)

- Freistaat
- antidiktatorisch

1.2 Demokratie (Art. 20 Abs. 1 u. 2 GG)

- Grundsatz der Volkssouveränität
- Parlamentarismus (repräsentative Demokratie)
- Grundsatz der Mehrheitsentscheidung
- Mehrparteiensystem
- Opposition
- Selbstverwaltung

1.3 Bundesstaat (Art. 20 Abs. 1 GG)

- Gesamtstaat
- Gliedstaaten

1.4 Rechtsstaat (Art. 20 Abs. 2 u. 3 GG)

- Grundsatz der Gewaltenteilung (Art. 20 Abs. 2 GG)
- Garantie der Grundrechte (Art. 1 GG)
 - Wesen der Grundrechte
 - Schranken (z.B. Art. 5 GG)
 - Einzelgrundrechte (Art. 1-19, Art. 101-104 GG)
- Grundsatz der materiellen Gerechtigkeit
- Grundsatz der Rechtssicherheit
 - Friedensfunktion des Rechts
 - Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Art. 20 Abs. 3 GG)
 - Voraussehbarkeit staatlicher Eingriffe
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- Justizförmiger Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG)

- 1.5 Sozialstaat (Art. 20 Abs. 1 GG)
 - Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit

2. **Aufgaben der obersten Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland**

- 2.1 Bundesvolk
 - Träger der Staatsgewalt (Art. 20 Abs. 2 GG)
 - Wahlen (Art. 38 GG)
- 2.2 Bundestag
 - Parlament (Art. 38-48 GG)
 - Gesetzgebungsorgan (Art. 77 GG)
 - Kontrollorgan der Regierung
- 2.3 Bundesrat
 - Vertretung der Länderregierungen (Art. 50-53 GG)
- 2.4 Bundesversammlung (Art. 54 GG)
- 2.5 Bundespräsident (Art. 54-61 GG)
- 2.6 Bundesregierung (Art. 62-69 GG)
- 2.7 Bundeskanzler (Art. 65 GG)
- 2.8 Bundesverfassungsgericht (Art. 92-94 GG)

3. **Aufgaben der obersten Verfassungsorgane des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Volk (Art. 2 LV)
- 3.2 Landtag
 - Parlament (Art. 30-50 LV)
 - Gesetzgebungsorgan (Art. 66 LV)
- 3.3 Landesregierung (Art. 51-64 LV)
- 3.4 Ministerpräsident (Art. 55 LV)
- 3.5 Verfassungsgerichtshof (Art. 75-76 LV)

4. **Bund-Länder-Verhältnis**

4.1 Allgemeine Grundsätze

- Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens (Art. 20 GG)
- Zuständigkeitsregelung (Art. 30 GG)
- Bundesrecht bricht Landesrecht (Art. 31 GG)

4.2 Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der Gesetzgebung

- Kompetenzvermutung (Art. 70 GG)
- ausschließliche Gesetzgebung des Bundes (Art. 71, 73 GG)
- konkurrierende Gesetzgebung (Art. 72, 74 GG)
- Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG)
- selbständige Gesetzgebung der Länder (Art. 70 GG)
- Gesetzgebungsverfahren des Bundes (Art. 76-79 GG)

4.3 Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der Verwaltung (Art. 83-91 b GG)

- Landesexekutive
 - Vollzug von Bundesgesetzen als eigene Angelegenheit
 - Vollzug von Landesgesetzen
 - Bundesauftragsverwaltung
- Bundeseigene Verwaltung
- Gemeinschaftsaufgaben

Allgemeines Verwaltungsrecht

19 Std.

1. **Begriff und Wesen der Verwaltung**

1.1 Grundsatz der horizontalen Gewaltenteilung (Art. 20 Abs. 2 GG)

1.2 Verhältnis der Verwaltung zu den anderen Staatsgewalten

- Verwaltung (im weiteren Sinne), Gesetzgebung und Rechtsprechung
- Verwaltung (im engeren Sinne) und Regierung

1.3 Vertikale Gewaltenteilung im Bundesstaat (Art. 20,70,83,92 GG)

1.4 Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Art. 20 Abs. 3 GG)

2. **Rechtsträger der öffentlichen Verwaltung**

2.1 Juristische Personen des öffentlichen Rechts

- Körperschaften
- Anstalten
- Stiftungen

2.2 Sonstige Träger der Verwaltung

- Beliehene Unternehmer
- Sondervermögen
- Zweckverband

3. **Die Behörde**

3.1 Behörde im organisationsrechtlichen Sinne

- Organ der juristischen Person des öffentlichen Rechts
- keine eigene Rechtsfähigkeit

3.2 Behörde im verwaltungsverfahrenrechtlichen Sinn

- Jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt (§ 1 Abs. 2

VwVfG)

- Amt

3.3 Struktur der Behörde

- monokratische Behörde
- kollegiale Behörde

4. **Verwaltungsorganisation**

4.1 Bundesverwaltung

4.2 Landesverwaltung (Vergleiche Landesorganisation NW)

5. **Arten der öffentlichen Verwaltung**

5.1 Hoheitliche Verwaltung

- obrigkeitliche oder schlichte Hoheitsverwaltung

- Eingriffsverwaltung oder Leistungsverwaltung

5.2 Fiskalische Verwaltung

5.3 Freie oder gebundene Verwaltung

6. **Rechtsnormen als Grundlagen des Verwaltungshandelns**

6.1 Die Verfassung als oberste Rechtsquelle

- Grundgesetz
- Grundsatz der Rechtssicherheit
- Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Art. 20 Abs. 3 GG)

6.2 Das Gesetz als ursprüngliche Rechtsquelle

- Rechtssatz, der vom Parlament im verfassungsmäßigen (Gesetzgebungs-) Verfahren erlassen worden ist
- Grundsatz vom Vorrang des Gesetzes (Art. 20 Abs. 3 GG)
- Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes (Art. 20 Abs. 3 GG)

6.3 Die Rechtsverordnung als abgeleitete Rechtsquelle

- Rechtssatz, der von der staatlichen Exekutive erlassen worden ist
- gesetzliche Ermächtigung (Art. 80 GG)
- Durchführungsverordnung

6.4 Die Satzung als abgeleitete Rechtsquelle

- Rechtssatz, der von Trägern der mittelbaren Staatsverwaltung (z. B. den Gemeinden) erlassen worden ist
- gesetzliche Ermächtigung (§ 7 GO NW)

6.5 Das Gewohnheitsrecht als Rechtsquelle

- ungeschriebene Rechtsnorm
- langdauernde Übung, z.B. durch ständige Rechtsprechung entwickelt

6.6 Allgemeine Grundsätze des Verwaltungsrecht

- Menschenwürde (Art. 1 GG)
- Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG)
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Art. 20 GG)
- Grundsatz von Treue und Glauben

- Grundsatz des Vertrauensschutzes
- Grundsatz der Rechtssicherheit
- Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Art. 20 Abs. 3 GG)
- Selbstbindung der Verwaltung (Art. 3 GG)
- Verwirkung
- Bindung an behördliche Zusagen (§ 38 VwVfG)

6.7 Verwaltungsvorschriften

- keine Rechtsnormen
- Vorschriften, an die der Beamte gebunden ist
- Wirkung über Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG)

7. **Rechtsanwendung und Ermessen**

7.1 Prüfung der Tatfragen

- Ermittlung des Sachverhalts

7.2 Prüfung der Rechtsfragen

- Art des Rechtssatzes
Verfassungsnorm, Gesetz oder untergesetzliche Norm
Bundes-, Landes- oder Kommunalrecht
- Inhalt des Rechtssatzes
Verfahrensnorm
Zuständigkeitsnorm
Ermächtigungsnorm
Verbotnorm
Vollstreckungsnorm
- Konstruktion des Rechtssatzes:
 - Tatbestandsseite
bestimmter Rechtsbegriff
unbestimmter Rechtsbegriff
unbestimmter Rechtsbegriff mit Beurteilungsspielraum
 - Rechtsfolgeseite
striktter Rechtssatz (eine Rechtsfolge)

Sollvorschrift

Ermessensnorm (mehrere Rechtsfolgen zulässig)

- Auslegung und ausdehnende Anwendung von Gesetzen
- Subsumtion des Sachverhalts unter Rechtsnorm

7.3 Ermessen

- Begriff des Ermessens
 - Entscheidungsspielraum nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten
- Ermessensfehler (§ 40 VwVfG)
 - Ermessenüberschreitung
 - Ermessensmangel
 - Ermessensmissbrauch

7.4 Folgen des rechtswidrigen Rechtssatzes

8. Verwaltungshandeln

8.1 Handlungsform

- Rechtsverordnung oder Satzung
- Verwaltungsakt oder Vertrag
- Verwaltungsinterna

8.2 Lehre vom Verwaltungsakt

- Begriff des VA
 - Verwaltungsakt als hoheitliche Einzelfallregelung mit unmittelbarer Rechtswirkung nach außen (§ 35 VwVfG)
- Arten von VA
 - begünstigender Verwaltungsakt
 - belastender Verwaltungsakt
 - feststellender Verwaltungsakt
 - streitentscheidender Verwaltungsakt
- Wirksamkeitsvoraussetzungen des VA (§§ 37 ff VwVfG)
- Nebenbestimmungen zum VA (§ 36 VwVfG)
- Der fehlerhafte Verwaltungsakt
 - Formfehler oder Inhaltefehler

Rechtsfolgen der Fehlerhaftigkeit (§ 44 VwVfG)

- Anfechtbarkeit oder Nichtigkeit
- Heilungsmöglichkeit
- Rechtsbeständigkeit des VA (§ 43 VwVfG)
 - formelle Rechtskraft
 - materielle Bestandskraft
 - wiederholende Verfügung oder Zweitbescheid
- Widerruf oder Rücknahme des VA (§§ 48, 49 VwVfG)

8.3 Der öffentlich-rechtliche Vertrag (§§ 54 ff VwVfG)

9. **Rechtsschutz**

9.1 Die formlosen Rechtsbehelfe

- Gegenvorstellung
- Dienstaufsichtsbeschwerde
- Fachaufsichtsbeschwerde
- Petition (Art. 17 GG)

9.2 Die förmlichen Rechtsbehelfe

- Einspruch
- Beschwerde
- Widerspruch

9.3 Widerspruch

- Wesen des Widerspruchs als förmlicher Rechtsbehelf (§ 68 VwGO)
 - Form und Frist (§ 70 VwGO)
 - Widerspruchsbefugnis (§ 42 Abs. 2 VwGO analog)
 - Widerspruchsbehörde (§ 73 VwGO / § 7 AG VwGO NW)
 - Widerspruchsbescheid (§ 73 VwGO)
- Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs (§ 80 VwGO)

9.4 Anordnung der sofortigen Vollziehung (§ 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO)

9.5 Vorläufiger Rechtsschutz

- Aussetzung der Vollziehung (§ 80 Abs. 5 VwGO)
- Einstweilige Anordnung (§ 123 VwGO)

9.6 Klageverfahren

- Klagearten (§§ 42, 43 VwGO)
- verwaltungsgerichtliche Nachprüfung (§ 113 VwGO)
- Urteil

10. Vollzug von Verwaltungsakten

10.1 Zulässigkeit des Verwaltungszwanges (§ 55 VwVG NW)

- Unanfechtbarkeit des VA oder Fall des § 80 Abs. 2 VwGO (§ 55 Abs. 1 VwVG)
- sofortiger Vollzug (§ 55 Abs. 2 VwVG)

10.2 Zwangsmittel

- Ersatzvornahme (§ 59 VwVG)
- Zwangsgeld (§ 60 VwVG)
- unmittelbarer Zwang (§ 62 VwVG)

10.3 Vollstreckungsverfahren

- Androhung des Zwangsmittels (§ 63 VwVG)
- Festsetzung des Zwangsmittels (§ 64 VwVG)
- Anwendung des Zwangsmittels (§ 65 VwVG)

10.4 Kosten (§ 77 VwVG)

10.5 Beitreibung von Geldforderungen (§§ 1 ff VwVG)

11. Verwaltungsverfahren

11.1 Allgemeines Verwaltungsverfahren (§§ 9 ff VwVfG)

11.2 Förmliches Verwaltungsverfahren (§§ 63 VwVfG)

11.3 Verwaltungszustellungsverfahren (§§ 1 ff VwZG)

11.4 Planfeststellungsverfahren (§§ 72 ff VwVfG)

11.5 Widerspruchsverfahren (§ 79 VwVfG/§§ 68 ff VwGO)

12. Öffentlich-rechtliche Ersatzansprüche

(Vergleiche Staatshaftungsrecht)

Staatshaftungsrecht

1. Die Prinzipien der Staatshaftung

- 1.1 Die Haftung des Beamten für rechtswidriges schuldhaftes Handeln im (Rechts-) Staat (Preuß. Allg. Landrecht) (§ 839 BGB)
- 1.2 Die Übernahme der Beamtenhaftung durch den Staat (seit: Weimarer Reichsverfassung)
- 1.3 Die Amtshaftung des Staates (Art. 34 GG i.V.m. § 839 BGB)
 - Amtspflichtverletzung des Beamten (§ 839 BGB)
 - Haftung des Staates (Art. 34 GG)
 - evtl. Rückgriff (§ 84 LBG)

2. System der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen

- 2.1 Enteignung (Art. 14 GG)
- 2.2 enteignungsgleicher Eingriff (Art. 14 GG analog)
- 2.3 Aufopferung (Gewohnheitsrecht)
- 2.4 öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch (Gewohnheitsrecht)
- 2.5 öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch (§ 812 BGB analog)
- 2.6 Anspruch aus Verletzung der Verkehrssicherungspflicht (§ 823 BGB)
- 2.7 Anspruch aus öffentlich-rechtlichen Verträgen und Rechtsverhältnissen
- 2.8 Anspruch aus Amtspflichtverletzung (Art. 34 GG i.V.m. § 839 BGB)

3. Haftung im privatrechtlichen Bereich

Haftung des Trägers öffentlicher Gewalt aus Teilnahme am Privatrechtsverkehr nach privatrechtlichen Vorschriften, z.B. §§ 823, 31, 89 BGB

4. Regreß (§ 46 BRRG, § 84 LBG)

Kommunalrecht

10 Std.

1. **Begriff des Kommunalrechts** (Art. 28 GG, Art. 78 Verf. NW, § 2 GO NW)

2. **Rechtsstellung der Gemeinden**
 - 2.1 Die Gemeinde als Gebietskörperschaft, d.h. juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 1 GO)
 - 2.2 Die Gemeinde als Träger des Selbstverwaltungsrechts (Art. 28 GG/Art. 78 LV NW)
 - Gebietshoheit
 - Finanzhoheit
 - Personalhoheit
 - Rechtsetzungshoheit
 - Planungshoheit
 - 2.3 Die Gemeinde im Rechtsverkehr
 - Rechtsfähigkeit

3. **Träger der kommunalen Selbstverwaltung**
 - 3.1 Gemeinde
 - kreisangehörige Gemeinde
 - kreisfreie Stadt
 - 3.2 Kreis
 - 3.3 Landschaftsverband
 - Mitgliedskörperschaft

4. **Kommunale Selbstverwaltung im Rahmen des Staates**
 - Gemeinde als „Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus“ (§ 1 GO)
 - Unmittelbare Staatsverwaltung durch Landesbehörden
 - Mittelbare Staatsverwaltung durch Kommunen

5. **Allgemeine Prinzipien des Kommunalrechts**

5.1 Allzuständigkeit (§ 2 GO)

5.2 Einheit der Gemeindeverwaltung

6. **Von der Gemeinde durchzuführende Aufgaben**

6.1 Selbstverwaltungsaufgaben

- Freiwillige Aufgaben (z.B. Museum)

- Weisungsfreie Pflichtaufgaben (z.B. Schulen)

6.2 Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung

(z.B. Ordnungsangelegenheiten nach OBG)

6.3 Auftragsangelegenheiten

(z.B. Bundestags- oder Landtagswahlen)

7. **Rechtsformen der kommunalen Entscheidungen**

7.1 Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger

7.2 Verwaltungskompetenzen des Rates (§§ 2, 41 GO)

7.3 Gemeinde als Ortsgesetzgeber

- Satzungen:

Pflichtsatzungen (Hauptsatzung, Haushaltssatzung, Betriebssatzung)

Freigestellte Satzungen (z.B. Anschluss- u. Benutzungszwangssatzung)

- Ordnungsbehördliche Verordnungen

8. **Innere Kommunalverfassung**

8.1 Der Rat der Gemeinde

- Rat als Hauptorgan der Gemeinde (§ 41 GO)

8.2 Ausschüsse

- Pflichtausschüsse (Haupt-, Finanz-, Rechnungsprüfungsausschuss)

- Freiwillige Ausschüsse

8.3 Bürgermeister

- Aufgaben und Stellung
 - einfache Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 41 III GO)
 - Organisations- und Leitungsbefugnisse (§ 62 I GO)
 - Vorbereitung und Durchführung der Ratsbeschlüsse (§ 62 II GO)
 - gesetzlicher Vertreter der Gemeinde (§ 63 GO)
 - Repräsentant und Vorsitzender des Rates (§ 40 II GO)
 - Widerspruchs- und Beanstandungsrecht (§ 54 GO)
 - Dringliche Entscheidungen (§ 60 II GO)
 - Dienstvorgesetzter (§ 73 II GO)
- Wahl und Abwahl (§§ 65, 66 GO)

8.4 Verwaltungsvorstand

8.5 Beigeordnete

9. **Kreisverfassung**

9.1 Kreistag

9.2 Landrat

- Zuständigkeit als Hauptverwaltungsbeamter des Kreises (§ 42 KrO)
- Organleihe als untere staatliche Verwaltungsbehörde (§ 59 KrO)

9.3 Kreisausschuss

10. **Staatsaufsicht**

10.1 Kommunalaufsicht (§§ 116 - 125 GO)

10.2 Sonderaufsicht bei Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung (§ 116 II GO)

10.3 Fachaufsicht in Auftragsangelegenheiten (§ 13 LOG)

11. **Interkommunale Zusammenarbeit**

- Arbeitsgemeinschaften
- Zweckverbände
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

Beamtenrecht und Tarifrecht (einschl. LPVG)

8 Std.

Beamtenrecht

1. **Rechtsquellen**

1.1 Verfassungsrecht

materiell: insbes. Art. 33, Art. 12 (freie Wahl der Ausbildungsstätte) GG

formell: Art. 70-75 a GG

1.2 „einfaches“ Gesetzesrecht

- ausschließlich Befugnis der Länder (LBG)

- ausschließlich Befugnis des Bundes (BBG)

.- konkurrierende Befugnis des Bundes (BBesG, Beamt VG)

- Rahmenbefugnis des Bundes (BRRG)

1.3 abgeleitete Rechtsetzungsbefugnis, z.B.:

Laufbahnrecht

Arbeitszeitrecht

2. **Der Beamtenbegriff im staatsrechtlichen Sinne**

3. **Das öffentlich-rechtliche Dienst- und Treueverhältnis** (§ 2 BRRG, § 2 LBG)

4. **Die hergebrachten Grundsätze**

4.1 Lebenszeitprinzip

4.2 Alimentation

4.3 Gegenseitige Pflichten

- allgemeine Pflichten

- Pflichten im Amt bzw. mit Bezug auf das Amt

- Rechte des Beamten

5. **Die Abgrenzung des Beamtenverhältnisses zum Arbeitsverhältnis**
 - Unterschiede und Gemeinsamkeiten
 - die Abgrenzung zu anderen öffentlich-rechtlichen Dienst- (Amts-) Verhältnissen (z.B. Minister, Soldaten, Richter)

6. **Allgemeine Begriffe des Beamtenrecht**
 - (z.B. Dienstherr, Oberste Dienstbehörde, Dienstvorgesetzter, Vorgesetzter)

7. **Die Typen der Beamten**
 - unterschieden nach Dienstherrn
 - unterschieden nach der Rechtsstellung
 - Beamte auf Widerruf
 - Beamte auf Probe (unterschiedliche Rechtsstellung während und nach Ablauf der Probezeit)
 - Beamte auf Lebenszeit
 - Beamte auf Zeit
 - Ehrenbeamte

8. **Persönliche und sachliche Ernennungsvoraussetzungen**

9. **Die Laufbahnen der Beamten**
 - Befähigungserwerb (Vorbereitungsdienst und Prüfung, Beamte besonderer Fachrichtungen, andere Bewerber)
 - Probezeiten
 - Anstellung und Beförderungen

10. **Beendigung des Beamtenverhältnisses**

Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes

11. Das Arbeitsverhältnis der Angestellten und Arbeiter

11.1 Begründung des Rechtsverhältnisses durch Vertrag

- Abschlussfreiheit
- Gestaltungsfreiheit

11.2 Die Eingriffe in die Positionen der Vertragsparteien durch das kollektive Arbeitsrecht

- Tarifvertragsparteien
- Tarifverträge als Rechtsnormen
- Tarifrecht als unabdingbare Mindestbedingungen

11.3 Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) und Manteltarifverträge (MTL) Eingruppierung (Tätigkeitsmerkmale)

11.4 Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Personalvertretungsgesetz

12. Sinn und Grenzen der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

13. Beteiligung des Personalrats nach § 72 ff LPVG

13.1 Enumerationsprinzip

13.2 Arten und Gegenstand der Beteiligung

- Mitbestimmung
- Mitwirkung
- Anhörung
- Beratung

13.3 Stufenverfahren

13.4 Einigungsstelle

14. Schwerbehindertenobmann

15. Personalversammlung

Europarecht

8 Std.

1. **Rechtsgrundlagen**

- Art. 23 GG
- Vertrag über die Europäische Union (EUV)
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV)
- Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAGV)

2. **Institutionen der EU / Organe der EG**

- Aufgaben, Befugnisse und Zusammensetzung von
 - Europäischem Parlament
 - Rat
 - Kommission
 - Gerichtshof
 - Rechnungshof
- Intergouvernementale Zusammenarbeit im Rahmen von Titel V und VI EUV
- Verhältnis von Europäischer Union und den Europäischen Gemeinschaften

3. **Förderprogramme**

- Grund von Förderprogrammen
- Strukturfonds
 - EFRE
 - ESF
 - EAGFL-A
 - FIAF
- Kohäsionsfonds
- Entwicklungsziele

4. **Vollendung des Binnenmarktes**

- Unionsbürgerschaft
- Darstellung der Freiheiten nach dem EGV (Freizügigkeit, Dienstleistungen, Kapital, Waren)
- Wirtschafts- und Währungsunion (Inhalt und Voraussetzungen)
- Sozialcharta
- Transeuropäische Netze (TEN)

5. **Umweltpolitik als europäische Aufgabe**

- Ziele der Europäischen Gemeinschaft (s. Art. 130 r EGV)
- Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen (s. Art. 130 r EGV)
- Beschlussverfahren (Art. 130 s EGV)
- Europäische Rechtsakte im Bereich des Umweltrechtes
- Aktionsprogramme zum Umweltschutz

6. **Zusammenwirken von EU,- Bundes- und Länderrecht**

- Verhältnis von europäischem zu nationalem Recht
- Berücksichtigung nationalverfassungsrechtlicher Vorschriften (insbes. Art. 23, 28, 79 GG)
- Mitwirkung der Länder im Gesetzgebungsverfahren für europäisches Recht (insbes. Art. 23, 50, 52 GG, EUZBLG, BLV-EUZBLG)
- Rechtsquellen nach Art. 189 EGV
 - europäischer Gesetzgeber
 - Rechtswirkung
- Rechtsakte nach dem EUV (Art. J und K EUV)

Privatrecht

10 Std.

I. Allgemeines

1. Recht: Recht im objektiven Sinn / Recht im subjektivem Sinn - Rechtsquellen
2. Abgrenzung Öffentliches Recht / Privatrecht

II. Bürgerliches Gesetzbuch

1. Allgemeiner Teil

1.1 Rechtssubjekte

- natürliche Personen
- juristische Personen, insbesondere Kapitalgesellschaften
(Querbezug zum Gesellschaftsrecht)
- Rechtsfähigkeit - auch Beginn und Ende bei Kapitalgesellschaften
(Querbezug zum Gesellschaftsrecht)

1.2 Handlungsfähigkeit/Geschäftsfähigkeit - auch bei Kapitalgesellschaften

(Querbezug zum Gesellschaftsrecht)

1.3 Die Willenserklärung

- Der Wille als innerer Tatbestand
- Die äußere Erklärung des Willens
- Wirksamwerden der Willenserklärung, §§ 130, 131 BGB
- Willensmängel §§ 116, 117, 119, 123, 142 BGB
- Auslegungsfragen, §§ 133, 139, 157 BGB

1.4 Stellenvertretung

- gesetzliche Vertretung / Vollmacht, §§ 164 ff BGB

1.5 Der Vertrag als Rechtsgeschäft

- Angebot, §§ 145, 146 BGB
- Annahme, §§ 147-151 BGB, § 362 HGB

1.6 Verjährung / Verjährungsfristen §§ 1.94 ff BGB

1.7 Vertragsabschlußfreiheit - Vertragsgestaltungsfreiheit

- Einschränkungen:

- Formvorschriften, §§ 125, 311b, 518, 2247 BGB

- Nichtigkeitsgründe, §§ 134, 137, 138 BGB

2. Recht der Schuldverhältnisse

2.1 Bringschuld - Holschuld - Schickschuld, § 270 BGB

2.2 Pflichtverletzung, §§ 280 ff BGB

2.3 Verschulden

- Haftung für eigenes Verschulden, § 276 BGB

- Verschulden des Erfüllungsgehilfen, § 278 BGB

2.4 Schadensersatz, § 249 BGB

2.5 Schuldnerverzug, §§ 284, 326 BGB

2.6 einzelne Schuldverhältnisse: §§ 433 ff BGB

3. Sachenrecht

3.1 Unterscheidung Verpflichtungsgeschäft - Erfüllungsgeschäft

Hinweis auf Abtretungsgeschäfte § 398 ff BGB

3.2 Eigentumsübertragung an beweglichen Sachen, § 929 ff BGB

3.3 Eigentumsübertragung an unbeweglichen Sachen, §§ 873, 925 BGB

3.4 Besitz, § 854 ff BGB

4. Nachbarrecht

4.1 Das private Nachbarrecht; §§ 903 ff BGB

4.2 Abwehransprüche aus dem Nachbarrecht §§ 906 ff, § 1004 BGB

iVm § 14 BImSchG

4.3 Das öffentlich-rechtliche Nachbarrecht

III. Grundzüge des Handels- und Gesellschaftsrechts

1. Recht der Kaufleute

1.1 Begriff des Kaufmanns iSv § 1 HGB

1.2 Kaufmannsarten

- Mussskaufmann - Formkaufmann - Minderkaufmann §§ 1-6 HGB

2. Gesellschaften

2.1 Einführung - Teilgebiet des Privatrechts

2.2 Personengesellschaften

- Gesellschaft bürgerlichen Rechts, §§ 705 ff BGB

- Partnerschaftsgesellschaften, PartGG

- Offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft,
§§ 105 ff, 161 ff HGB

2.3 Kapitalgesellschaften

- Aktiengesellschaften, Aktiengesetz

- Gesellschaft mit beschränkter Haftung, GmbH-Gesetz

IV. Vergaberecht

1. Einführung in das öffentliche Vergaberecht

2. Verdingungsordnung für Bauleistungen -VOB-

2.1 Bedeutung und Aufbau der VOB

2.2 Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen -VOB/A-

- Geltungsbereich

- Grundsätze: Wettbewerb - Öffentliche Ausschreibung - Beschränkte Ausschreibung

- Die Leistungsbeschreibung

- Die Ausschreibung

- Prüfung und Wertung von Angeboten

- Aufhebung der Ausschreibung

3. Verdingungsordnung für Leistungen -.VOL-

3.1 Anwendungsbereich der VOL

3.2 Aufbau der VOL

3.3 Vertragsarten

V. Zivilprozessverfahren

1. Inhalt der ZPO

2. Aufbau und Organisation der „ordentlichen Gerichte“

3. Aufgabe des Zivilprozesses

4. Das Erkenntnisverfahren

4.1 Übersicht über den Verfahrensablauf

4.2 Die wesentlichen Verfahrensgrundsätze

4.3 Beweissicherungsverfahren

Literaturempfehlungen

Verfassungsrecht:

<u>Katz</u> , Alfred	Staatsrecht
<u>Reineck</u> , Karl-Michael	Allgemeine Staatslehre und Deutsches Staatsrecht
<u>Jarass/Pieroth</u>	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Allgemeines Verwaltungsrecht und Staatshaftungsrecht:

<u>Maurer</u> , Hartmut	Allgemeines Verwaltungsrecht
<u>Schmalz</u> , Dieter	Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsschutz
<u>Wittern</u> , Andreas	Grundriss des Verwaltungsrecht
<u>Kopp</u> , Ferdinand	Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz
<u>Kopp</u> , Ferdinand	Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung

Landesorganisation:

<u>Kreuser/Friedrich</u>	Organisations- und Bürokunde für die Verwaltung
<u>Rietdorf/Sigulla/Voss</u>	Handbuch der Landesverwaltung NRW
<u>Bosetzky/Heinrich</u>	Mensch und Organisation
<u>Kübler</u> , Hartmut	Organisation und Führung in Behörden

Die Allgemeine und Innere Verwaltung in NRW, Schriftenreihe des Innenministeriums NRW

Kommunalrecht:

v. Loebell, Friedrich

Gemeindeordnung für das Land
Nordrhein-Westfalen, Kommentar
(Loseblattausgabe)

Hofmann/Muth/Theisen

Kommunalrecht in Nordrhein-Westfalen,
Verlag Bernhardt/Schünemann Tel.: 02302/71713

Erichsen

Kommunalrecht NRW

Beamtenrecht und Tarifrecht

Scheerbarth/Höffken/Bauschke/Schmidt

Beamtenrecht

Wind/Schimana/Wallerius

Öffentliches Dienstrecht

Havers

Landespersonalvertretungsgesetz NRW .

Europarecht

Europäische Union / Europäische
Gemeinschaft

Die Vertragstexte von Maastricht,
Europa Union Verlag

Weidenfeld/Wessels

Europa von A-Z (kostenlos zu beziehen über
die Landeszentrale für politische Bildung)

Bundeszentrale für politische
Bildung (Hg.)

Europäische Union
Heft 213 der Information zur politischen Bildung

Bürgerliches Gesetzbuch

Günzel/Klapproth

Bürgerliches Recht, Maximilian-Verlag

Inhaltsübersicht

		<u>Stunden:</u>
Einleitung	Seite 2	
1. Landesorganisation	Seite 4	5
2. Verfassungsrecht	Seite 7	8
3. Allgemeines Verwaltungsrecht (einschl. 2 Std. Staatshaftungsrecht)	Seite 9	19
4. Kommunalrecht	Seite 17	10
5. Beamten- und Tarifrecht	Seite 20	8
6. Europarecht	Seite 23	8
7. Privatrecht (einschl. Zivilprozessverfahren)	Seite 25	10
Literaturempfehlungen	Seite 29	